Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 90 (1996)
Heft: 1

Artikel: Chile am Ende eines Krisenjahres
Autor: Schübelin, Jürgen
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143950

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jürgen Schübelin

Chile am Ende eines Krisenjahres

Der folgende Bericht über das heutige Chile vermittelt einen erschütternden Einblick in eine Gesellschaft, die unfähig ist, die Menschenrechtsverbrechen des – noch immer nicht überwundenen – Pinochet-Regimes zu sühnen. Jürgen Schübelin, der Verfasser, ist von Beruf Sozialwissenschaftler und lebt seit 1987 in diesem Land. Er ist Gründungsmitglied der Corporación Kairós, einer genossenschaftlich strukturierten ökumenischen Nicht-Regierungs-Organisation in Santiago de Chile. Diese versteht sich als Antwort auf den massiven Rechtsruck innerhalb der katholischen Amtskirche, der zur Entlassung von 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des fortschrittlichen kirchlichen Hilfswerks «Fundación Missio» geführt hat. Das heute 30köpfige Kairós-Team ist in vier Randviertel-Kommunen von Santiago tätig. Es engagiert sich in der Gemeinwesenarbeit mit «Pobladores»-Organisationen, in der Ausbildung von Frauen aus extremen Armutsverhältnissen, in einem integrierten Vorschulprogramm sowie in Berufsbildungs-, Kultur- und Folklore-Projekten, ja selbst im «ökologischen Umbau» von Santiagos Armenvierteilandschaften. *Red.*

22 Jahre nach dem Massaker von Calama

Freitagabend, 10. November 1995: Im Unterrichtssaal des Regionalkrankenhauses der nordchilenischen Stadt Calama werden die Menschen aufgefordert, den Raum zu verlassen. Man will schnell noch einmal mit dem Staubsauger durch den Saal, die Sitzreihen ordnen und – nach einem langen Tag des Wartens – ein wenig lüften. Auf dem Gang wird nur ganz leise gesprochen. Verhaltenes Schluchzen, schnell eine Zigarette, der mühsame Versuch, irgendwie die Fassung zu wahren. Bei der Rückkehr in den Saal ist das Szenarium neu geordnet: Auf dem etwas erhöhten Podium rechts die chilenische Fahne – und in der Mitte *13 kleine Särge,* 30 mal 70 Zentimeter gross. Daneben ein Tisch mit weissem Leinen-Stoff und eine Schneiderschere.

Aus Santiago sind die Spezialistinnen und Spezialisten vom Gerichtsmedizinischen Institut angereist, alle im gestärkten Arztkittel, blütenweiss – und sichtlich nervös. 22 Jahre nach einem der brutalsten und grausamsten Massaker, das Heereskommando-Truppen im Gefolge des Militärputsches verübt hatten, übergibt der chilenische Staat den Familienangehörigen die *Reste der Opfer.* Ein minutiöses forensisches Puzzle machte zumindest die wahrscheinliche Zuordnung von Skelett-Fragmenten zu 13 der 26 am 19. Oktober 1973 ermordeten politischen Häftlinge aus dem Gefängnis von Calama möglich.

In ausgedienten Computerpapier-Kartons tragen die Gerichtsmediziner kleine Plastikbeutelchen in den Saal. Eine Familie nach der anderen umhüllt die Knochensplitter, Reste der Schädeldecke, einzelne Wirbel, sorgfältig mit weissem Leichentuch. Die Baby-Särge erweisen sich als viel zu gross für das, was sie aufnehmen sollen. Juana Castillo und Violeta Berrios, die beiden Präsidentinnen der Organisation der Familienangehörigen der «Ejecutados Politicos» von Calama, versuchen, die weinenden Menschen zu trösten. Es kommt zu minutenlangen Umarmungen, aus dem verzweifelten Bedürfnis, sich aneinander festzuhalten, den *letzten Akt dieses Alptraums* gemeinsam durchzustehen. Immer wieder machen die vergilbten, kaum noch erkennbaren Fotos der Opfer die Runde, werden leise und voller Respekt herumgereicht.

1990 haben die Frauen aus der Gruppe

der «Familiares de Calama» in der Wüste zwischen Calama und San Pedro de Atacama einen wesentlichen Teil der Knochenreste gefunden – nach einer fast 17jährigen Suche, die am 19. Oktober 1973 begann, wenige Stunden, nachdem die «Todeskarawane» des Generals Arellano Stark nach «vollbrachter Mission» Calama im Kampfhubschrauber wieder verlassen hatte. *26 politische Gefangene,* Gewerkschafter, Kommunalpolitiker, Mitglieder aus den Ortsvereinen der Sozialistischen Partei Calamas und Chiquicamatas – die meisten hatten sich nach entsprechenden Aufrufen den Militärs selbst gestellt – waren von Arellano Starks Männern mit einer von Juntachef Pinochet unterzeichneten Generalvollmacht in der Hand aus dem Gefängnis von Calama geholt worden. Noch während in der Kaserne des 15. Infanterie-Regiments «Calama» Polizei- und Heeresoffiziere im Rahmen eines «Consejo de Guerra» über die Gefangenen zu Gericht sassen, wurden diese in den Hügeln von Topater, nahe der nordchilenischen Wüstenstadt, mit Kampfmessern *massakriert und erschossen.*

Anschliessend verscharrten Pioniereinheiten die Kadaver in der Wüste. In einem Kommuniqué behauptete der Standortkommandant, alle 26 Männer seien bei einem Fluchtversuch ums Lebens gekommen. Sämtliche Bemühungen der Angehörigen, der örtlichen katholischen Kirche und internationaler Menschenrechts-Organisationen konnten die Militärs nicht dazu bewegen, den Witwen wenigstens die Überreste der Opfer auszuhändigen. Ganz im Gegenteil: Mehrere Jahre nach den Exekutionen setzte das Heer schwere Planierraupen und Dynamit ein, um das Massengrab in der Wüste unkenntlich zu machen und die *Spuren des Verbrechens zu verwischen.*

Ein nicht eingehaltenes Wahlversprechen

Auch im sechsten Jahr der *«Transición»,* des Übergangs vom staatsterroristischen Militärregime zur «Militocracia» – einem formaldemokratischen System im Korsett der autoritären Verfassung von 1980 und unter dem «Schutz» der faktischen Macht in den Kasernen –, besteht für Violeta Berrios, Juana Castillo und die übrigen Witwen der Ermordeten von Calama nicht der Hauch einer Chance, jemals zu erfahren, was genau sich an jenem 19. Oktober 1973 auf den Hügeln vor der Stadt abgespielt hat, geschweige denn die Mörder von damals zur Rechenschaft gezogen zu sehen.

Am Ende des *politischen Krisenjahres 1995* in Chile steht es um die Aufarbeitung der Menschenrechts-Verbrechen, begangen während der 17 Jahre unter der Diktatur Agusto Pinochets, schlechter als je zuvor. Im Dezember 1989 hatte die erste Mitte-Links-Koalition der «Concertación» unter Patricio Aylwin die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Chile unter anderem mit der verbindlichen Zusicherung gewonnen, die von Pinochet 1978 dekretierte – und allen internationalen Rechtsnormen widersprechende – Selbstamnestie für die durch Agenten des Staats begangenen Verbrechen seit dem Militärputsch aufzuheben, die Schicksale der Verschwundenen aufzuklären sowie den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Sechs Jahre später debattieren statt dessen die beiden Kammern des chilenischen Parlaments den vom Innenminister der Regierung Frei, Carlos Figueroa, und dem Senator der Rechtspartei «Renovación Nacional», Miguel Otero, ausgehandelten Gesetzesentwurf «Zur Festlegung von Normen, um effektiv zur Erhellung der Wahrheit im Zusammenhang mit dem Schicksal der Verhafteten-Verschwundenen (Detenidos-Desaparecidos) und anderer Menschenrechts-Fälle beizutragen». Hinter diesem euphemistischen Titel verbirgt sich die seit 1978 umfassendste Initiative, um den *Tätern in Uniform* ein für allemal die juristische Beschäftigung mit ihrer Vergangenheit zu ersparen.

Die chilenische Regierung – damals noch unter Patricio Aylwin – anerkannte offiziell *1102 Fälle von «gewaltsamem Verschwinden»* nach Verhaftungen durch

Agenten des Staates sowie *2095 aussergerichtliche Hinrichtungen und Tötungen durch Folter* während der Zeit des Pinochet-Regimes. Rund 1000 Fälle sind nach wie vor in der einen oder anderen Form bei Gerichten hängig – oder ruhen (wären also theoretisch wieder aktivierbar, falls neue Erkenntnisse und Beweismittel auftauchen sollten).

Der Figueroa/Otero-Entwurf ermöglichte, falls er das Parlament passieren sollte, eine elegante *Entschärfung dieser Altlasten:* Statt – wie in der bisherigen Rechtsinterpretation des Amnestie-Gesetzes von 1978 erforderlich – die Täter für ihre Beteiligung an staatsterroristischen Aktionen zwischen dem 11. September 1973 und dem 10. März 1978 erst dann zu amnestieren, wenn Tathergang und Verantwortlichkeit geklärt sind, sieht das neue Gesetz vor, dass kein in die Tat Verwickelter angeklagt oder festgenommen werden darf. Seine Aussagen sind absolut geheim, der «Gesprächsort» zwischen Richter und Täter muss im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt werden. Die Identität des Zeugen darf das Gericht keinesfalls preisgeben. Und ist das Verfahren erst einmal zu Ende, sind die Akten über die Zeugenbefragung zu vernichten. Sollte das Gericht nach Ablauf von zwei Jahren noch immer nicht herausgefunden haben, wo der oder die «Verschwundene» geblieben ist, muss das Verfahren eingestellt werden. Zudem ist es hauptsächlich die Militärjustiz, die mit den entsprechenden Untersuchungen beauftragt werden soll.

Schlusspunkt-Gesetz und Marsch nach rechts

Keine der renommierten chilenischen Menschenrechtsorganisationen wie FASIC, CODEPU oder SERPAJ wurden von der *Regierung Frei* vor der Übermittlung des Gesetzespakets an den Kongress konsultiert. Den Frauen aus der «Agrupación de Familiares de Detenidos-Desaparecidos» (AFDD) verweigerten die Bürokraten im Präsidentenpalast Moneda seit Wochen jedes Gespräch; statt dessen setzte sich Frei ausführlich mit den Oberkommandierenden der Streitkräfte und der Polizei zusammen, um seine «Menschenrechtsinitiative» zu diskutieren.

Für die Betroffenen, die Angehörigen der Opfer, aber – schenkt man den Meinungsumfragen Glauben – auch für eine Mehrheit der chilenischen Bevölkerung, ist klar, dass der neue politische Pakt ein Schlusspunkt-Gesetz («ley de punto final») für die Menschenrechtsverletzungen darstellt und gleichzeitig das politische Szenarium im Land weit nach rechts verschiebt. Den Pakt miteinander geschlossen haben die *Christdemokraten,* der sozialdemokratische *«Partido por la Democracia» (PPD)* und die Rechtspartei *«Renovación Nacional» (RN),* die noch vor sieben Jahren engagiert dafür kämpfte, dass Pinochet bis zur Jahrtausendwende unangefochtener Herrscher über Chile bleiben könne.

Freis Koalitionspartner, die *Sozialisten (PS)* unter Camilo Escalona, wurden an den Verhandlungen um den Figueroa/Otero-Pakt gar nicht erst beteiligt. Auf ihre Proteste erhielten sie vom Innenminister Carlos Figueroa kühl zur Antwort, wenn ihnen die Politik nicht mehr passe, die in der «Concertación» gemacht werde, stehe das «Tor nach draussen weit offen». Der Hinweis wurde verstanden, die PS machte einen schnellen Rückzieher: Die Regierungsbeteiligung mit all den Ämtern, Pöstchen, Pfründen und dem relativ leichten Zugang zur Staatsknete wollte dann doch niemand aufs Spiel setzen.

Der eindeutige Gewinner dieser Operation feierte im erlauchten Kreis betuchter Freunde und Bewunderer Ende November seinen 80. Geburtstag: *Agosto Pinochet* – ältester Heeresoberbefehlshaber der Welt, (Ex-)Diktator und nach wie vor der starke Mann im Land. Hauptsächlich der massive politische Druck durch Pinochet und das Offizierskorps des Heeres hatte Frei im August veranlasst, sein Gesetzesprojekt zur Beendigung der hängigen Menschenrechtsverfahren vorzulegen, dem Figueroa und Otero am 3. November dann vollends die rechte Fassung gaben.

Seinen Ausgang genommen hatte dieses halbjährige Kräftemessen zwischen Regierung und Heeres-Offizieren ausgerechnet mit einem *vermeintlichen Erfolg des «Rechtsstaates»:* Am 30. Mai verurteilte der Oberste Gerichtshof in letzter Instanz Pinochets langjährigen Geheimdienstchef Manuel Contreras, samt dessen Stellvertreter Pedro Espinoza, wegen Anstiftung zum Mord am ehemaligen chilenischen Aussenminister Orlando Letelier und an seiner Mitarbeiterin Ronnie Moffit zu sieben bzw. sechs Jahren Haft. Erzwungen wurde dieses Urteil – 19 Jahre nach dem vom chilenischen Geheimdienst DINA eingefädelten Bombenanschlag in Washington – vor allem durch den Druck aus den USA. Ohne eine Verurteilung von Contreras hätte die Regierung Frei ihre hochtrabenden Pläne einer Mitgliedschaft in der erlauchten nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (USA, Canada, Mexiko) von vornherein abschreiben können.

Doch am Ende dieses Kräftemessens gehen nicht nur die Witwen von Calama und von anderen Orten, in denen nach 1973 gemordet und zu Tode gefoltert wurde, leer aus. Unter die Räder gerät auch das, was im Land aus den Jahren des Widerstands gegen das Militärregime an *politischer Ethik* übriggeblieben ist – zusammen mit sämtlichen international anerkannten Rechtsnormen im Zusammenhang mit der Aufklärung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Der lange Weg nach Punta Peuco

Fünf Monate lang gelang es Contreras, das chilenische Justizministerium und den Obersten Gerichtshof zum Narren zu halten und seinen Haftantritt mit immer neuen Verfahrenstricks oder plötzlich auftauchenden Krankheiten zu verhindern. Unterstützt wurde er bei allen seinen Manövern vom Heer, das dem Waffenkameraden in schwerer Stunde die Treue hielt – und die Regierung Frei in ihren fruchtlosen Bemühungen, Contreras endlich in dem für ihn erbauten *Spezialgefängnis* bei Colina (80 Kilometer nördlich von Santiago) hinter Gitter zu bekommen, der Lächerlichkeit preisgab.

Am Ende wurde der nach Pinochet mächtigste Mann im Militärstaat doch noch mit allen Ehren aus dem Marine-Krankenhaus in Talcahuano – wo ihm Chiles Admiralität monatelang «Asyl» gewährt hatte – nach Punta Peuco geflogen. Dort sitzt er nun zusammen mit Pedro Espinoza und den Mördern der 1986 von der Polizei entführten und bestialisch hingerichteten drei kommunistischen Lehrer und Sozialwissenschaftler, Guerrero, Parada und Natino. Die Regierung Frei aber musste dafür einen *hohen Preis* entrichten: Dieser besteht aus einem Agreement, das Militärs von der lästigen Pflicht befreit, als Zeugen bei Menschenrechtsverbrechen vor Gericht zu erscheinen. Dadurch wird die Idee der Straflosigkeit, die hinter der Amnestie von 1978 stand, um das Konzept der Anonymität erweitert, was jegliche gesellschaftliche Sanktion für die begangenen Verbrechen verunmöglicht.

Wie sehr das politische System Chiles im Verlauf der Contreras-Krise ins Wanken geriet, illustriert ein Interview in der – Pinochet nahestehenden – Wochenzeitschrift «Que Pasa» im Juli dieses Jahres. Danach soll Agosto Pinochet nach dem Contreras-Urteil der «Corte Suprema» in einem der Krisengespräche mit Freis Verteidigungsminister Perez Yoma gesagt haben: «Sie wissen doch, wie ungern wir einen *neuen Staatsstreich* unternehmen würden – also zwingen Sie uns nicht dazu!» Das Dementi aus dem Verteidigungsministerium fiel nicht besonders überzeugend aus. Ganz Chile war hinterher davon überzeugt, dass Pinochet, selbst wenn er diesen Satz so nicht ausgesprochen haben sollte, ihn dennoch gesagt haben könnte.

Freis riskantes Bündnis mit der Rechten

Den Befreiungsschlag aus dieser Situation verspricht sich die Administration Frei

von einem Quasi-Junktim zwischen dem die Militärs begünstigenden Figueroa/-Otero-Gesetz und einigen ebenfalls mit «Renovación Nacional» ausgehandelten *Reformen an der Pinochet-Verfassung* von 1980. Diese sehen eine Abschaffung der neun designierten Senatoren im Parlament von Valparaiso vor, wo die Regierung Frei trotz eines 58-Prozent-Wahlerfolgs im Dezember 1993 dank des einzigartigen chilenischen Wahlsystems, das ebenfalls zu den unantastbaren Hinterlassenschaften Pinochets gehört, über keine Mehrheit verfügt. Hinzu kämen eine demokratischere Besetzung des chilenischen Verfassungsgerichts und einige kleinere Veränderungen, die aber keinesfalls das Machtfundament der Streitkräfte im Verfassungssystem schmälern würden. Eine Wiedereinführung des weltweit gültigen Prinzips, dass das Staatsoberhaupt die Oberkommandierenden der Streitkräfte ernennt und auch abberuft, ist nicht vorgesehen.

Die Rechnung Freis könnte aber auch nicht aufgehen und statt dessen die Falle zuschnappen: Dann würden die Rechtsparteien im Parlament zusammen mit der Regierungs-Koalition zwar dem Schlusspunkt-Gesetz zustimmen, aber parallel dazu die mühsam mit «Renovación Nacional» ausgehandelten vorsichtigen Verfassungs-Korrekturen zu Fall bringen. Damit stünde Chile vor der *schwersten politischen Krise* seit 1988 – und dem endgültigen Scheitern seiner «Transición».

Ende 1995 erscheinen die *Abgründe und Trennlinien,* die das südamerikanische Land durchziehen, weniger überwindbar als zu Beginn der «Transición». Das ist der bittere Preis dafür, dass es die «Sociedad Civil», das zivile Chile, nach dem 11. März 1990, dem Tag, an dem Pinochet formaljuristisch die Regierungsmacht an den demokratisch gewählten Christdemokraten Patricio Aylwin abtreten musste, nicht geschafft hat, die eindeutige Aufklärung der Menschenrechtsverbrechen nach einem der blutigsten Staatsstreiche in der Geschichte Lateinamerikas zu erzwingen.

Die Regierung Frei muss heute ihre *Schulden bei Pinochet* und der Heeres-Generalität dafür begleichen, dass am Ende der höchstrichterlich verurteilte Mörder Contreras doch noch geruhte, seine Haftstrafe anzutreten, womit ein unkalkulierbares Debakel auf internationalem Parkett abgewendet werden konnte. Contreras liess sich von den Seinen als Märtyrer feiern, weil sein «Opfergang» in den Luxusknast von Punta Peuco allen übrigen Militärs ein für allemal Probleme mit der Justiz erspart. Seit der Symbolfall «Contreras» abgeschlossen ist, hat der Strafsenat von Chiles Oberstem Gerichtshof in atemberaubender Geschwindigkeit 25 hängige Menschenrechtsprozesse definitiv eingestellt, ohne den Tathergang, die Identität der Täter und den Verbleib der Opfer zu klären. Ein Modell für das Procedere gemäss dem Figueroa/Otero-Pakt!

Die Angst der Opfer vor den Pinochets von morgen

Besonders schmerzhaft registrieren die Familienangehörigen der Verhafteten-Verschwundenen, aber auch Hunderttausende von Chileninnen und Chilenen, die während der 17 Jahre unter Pinochet verfolgt, gepeinigt, eingesperrt oder ins Exil getrieben worden waren, dass in dieser neuerlichen Runde zum immer gleichen Thema «Impunidad o Justicia» eine wichtige Stimme fehlt: diejenige der *katholischen Amtskirche*. Die Auflösung der «Vicaria de Solidaridad» vor drei Jahren, der institutionelle Rückzug der katholischen Kirche aus der Menschenrechtsarbeit, noch ehe Aufarbeitungs- und Heilungsprozesse in Gang gekommen sind, erscheint den «Familiares», den Opfer-Organisationen, völlig unverständlich. Und selbst Männer aus der Hierarchie der katholischen Kirche, wie der Bischofsvikar für die Arbeiterpastoral der Erzdiözese Santiago, Monseñor Alfonso Baeza, empfinden die neue «Selbstbeschränkung» der Amtskirche auf innerkirchliche Fragen und den Kampf gegen ein allfälliges Ehescheidungs-Gesetz, als «Retroceso», als Rückschlag.

Wieder sind es in dieser Situation Armenviertel-Priester, Ordensleute und enga-

gierte Laien, oftmals in NGO's (Nicht-Regierungs-Organisationen), die das Thema Menschenrechte im öffentlichen Bewusstsein wachhalten. Sie arbeiten – anders als in den siebziger und den beginnenden achtziger Jahren – eindeutig als *Minderheitenkirche* gemeinsam mit den Opfern des Staatsterrorismus und den sich vielmals sehr viel klarer definierenden protestantischen Kirchen.

Was empfinden die *Frauen aus Calama* angesichts des sich abzeichnenden Parlamentsentscheids zugunsten des Schlusspunkt-Gesetzes in Sachen Menschenrechtsverbrechen, mit dem Pinochet zu erreichen hofft, was er am 11. September 1995, dem Putsch-Jahrestag, den Familienangehörigen der Verschwundenen entgegenschleuderte: «Wenn sie Frieden haben wollen, sollen sie endlich vergessen»? Violeta Berrios antwortet für die Gruppe der Witwen: «Wir empfinden Schmerz, Ohnmacht – und masslose Angst davor, dass die Impunidad (Straflosigkeit) von heute die Pinochets, Contreras und Arellano Starks von morgen je nach Bedarf zu neuen Massakern und Verbrechen gegen die Generation unserer Enkel ermutigt».

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Klassenkampf von oben?

«Mut zum Aufbruch» nennt sich ein Weissbuch, mit dem 19 (männliche) «Wirtschaftsführer» und ihnen nahestehende (männliche) Experten versuchen, die Schweiz «wettbewerbsfähig» zu machen. Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung sind die unausweichlichen Konsequenzen, die sich für die Autoren aus dem immer globaler und totaler werdenden Markt ergeben. Der mörderische Kampf um Standortvorteile lässt ihnen keine andere Wahl. Tatsächlich? Die SP Schweiz hat jedenfalls ein Thema gefunden, mit dem sie sich als Verteidigerin des Sozialstaates in Szene (und «Arena») setzen kann. Nur schade, dass diese Partei letztes Jahr mit ihrem Wirtschaftskonzept vorschnell vor dem globalen Marktkapitalismus kapitulierte. Sie könnte zur Gefangenen einer Logik werden, die sie mit dem Weissbuch teilt. Herausgefordert durch den Neoliberalismus unserer «Wirtschaftsführer» sind aber auch die Kirchen. Zu fragen wäre, was ihnen die Option für die Armen heute noch bedeutet.

Aufbruch in den Abbruch

Der «Mut», den sich die federführenden Weissbuch-Autoren zusprechen, beschränkt sich darauf, dem unteren Einkommensdrittel «Opfer» zu predigen. Als *Herausgeber* zeichnen der Co-Präsident der ABB, David de Pury, sowie zwei Professoren der HSG. Unter den *Autoren* finden wir die Gebrüder Schmidheiny, die ihren Reichtum einem faktischen Zementmonopol verdanken, Vertreter von Grossbanken und Transnationalen Unternehmen wie Nestlé oder Ciba und den Wirtschaftsredaktor der NZZ, der das Buch im eigenen Blatt als «im besten Sinne radikal» belobigte, ohne seine Miturheberschaft zu erwähnen. Wenig mutig war es wohl auch, das «Manifest» nicht vor, sondern erst nach den Nationalratswahlen zu veröffentlichen...

Das *Programm* der 19 Mutigen ist rasch wiedergegeben: Es fordert die Redimensionierung aller Sozialleistungen bis auf den «individuellen Bedürftigkeitsnach-